

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Haushalts- und Finanzausschuss

Niederschrift

über die 11. öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 30.11.2015
im Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2, 14913
Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Dirk Hohlfeld

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gertraud Rocher

Herr Hans-Jürgen Akuloff

Herr Erich Ertl

Frau Katja Grassmann

Herr Andreas Muschinsky

Herr Matthias Stefke

Herr Dirk Steinhausen

Vertretung für Herrn Dr. Ralf von der Bank

Herr Helmut Barthel

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf von der Bank

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 17:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 12.10.2015

3	Einwohnerfragestunde	
4	Anfragen der Ausschussmitglieder	
5	Mitteilungen der Verwaltung	
6	Aufgabendiskussion Dezernat II	
7	Beschlussvorlagen	
7.1	Haushalt 2016	
	Haushaltssatzung 2016	5-2575/15-I
7.1.1		
	Haushaltssicherungskonzept 2016	5-2576/15-I
7.1.2		
	Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2016	5-2581/15-I/1
7.1.3		
7.2	Gewährung von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der MBS Potsdam für 1. Halbjahr 2016	5-2526/15-LR
8	Informationsvorlagen	
8.1	Information über externe Stellenausschreibungen	5-2595/15-LR

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Hohlfeld begrüßt die Anwesenden herzlich. Einwendungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Die Tagesordnungspunkte 7.1 bis 7.3 zum Haushalt 2016 sollen als ein gemeinsamer Tagesordnungspunkt beraten werden.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 12.10.2015

Einwendungen gegen die Niederschrift vom 12.10.2015 liegen nicht vor. Die Niederschrift ist bestätigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Anfragen der Ausschussmitglieder gibt es nicht.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung gibt es nicht.

TOP 6

Aufgabendiskussion Dezernat II

Frau Gurske weist darauf hin, dass die Abgeordneten den Aufgabenkatalog bereits mit den Sitzungsunterlagen erhalten haben. Da die vergangenen Dezernatsvorstellungen sehr zeitintensiv waren, soll auf eine detaillierte Vorstellung verzichtet werden und nun lediglich die Fragen der Abgeordneten beantwortet werden.

Das Dezernat II befasst sich mit Angelegenheiten im Bereich Soziales und Jugendbetreuung. Überwiegend werden Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung und pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben erfüllt.

Es wird darauf hingewiesen, dass im Bereich des Jugendamtes eine Nachbesserung der Personalzahlen vorgenommen wurde, die sich in den zugesandten Sitzungsunterlagen so noch nicht wiederfindet. Die Änderungen werden der Niederschrift beigelegt.

Herr Akuloff erkundigt sich, welche einzelnen Aufgabenbereiche einer besonderen personellen Beanspruchung unterliegen und welche finanziellen Konsequenzen dies für die Haushaltsdiskussion 2016 hatte.

Frau Gurske erläutert, dass alle Bereiche, bis auf das Gesundheitsamt, sehr stark von Fallzahlen geprägt sind. Hier gab es vor mehreren Jahren eine umfangreiche Analyse, die sogenannte Poppelreuter-Untersuchung, auf der größtenteils die Organisations- und Bedarfsanmeldungen für das Sozial- bzw. Jugendamt beruhen.

Der Personalbedarf ist im Sozial- und Jugendamt überwiegend von Fallzahlen geprägt. Steigende Fallzahlen sind im Sozialamt im Bereich der Flüchtlinge, der Grundsicherung und der Pflege zu verzeichnen. Fallzahlensteigerungen stellen sich im Jugendamt im Bereich der Erziehungshilfen und der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge dar.

Aus dem SGB VIII ergeben sich Fallzahlen und Anforderungen, die einen entsprechenden Personalbedarf nach sich ziehen. Dieser muss gegenüber dem Land geltend gemacht werden, um die entsprechenden Deckungsmittel zu erhalten. Im Bereich der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge ist die Kostenerstattung zugesagt. Im Bereich der Flüchtlinge korrespondiert die Kostendeckung mit dem Landesaufnahmegesetz. Eine Novellierung des Gesetzes ist für den 1. April 2016 angekündigt.

Herr Ennullat ergänzt, dass im Jugendamt die Kita-Betreuung am kostenintensivsten ist. Am arbeitsintensivsten ist der Bereich des Kinderschutzes, der durch den Sozialpädagogischen Dienst abgedeckt wird. Es wird auf den zweijährig erscheinenden Jugendhilfebericht hingewiesen, welcher auf der Internetseite des Landkreises einzusehen ist.

Herr Muschinsky erkundigt sich, ob eine Steuerung durch Kennzahlen bereits erfolgt oder angedacht ist. Obliegt den Produktverantwortlichen die Selbstverwaltung ihres Budgets, und wenn nicht, ab wann und in welchem Umfang ist dies gedacht.

Herr Ennullat antwortet, dass für jedes Kind oder jede Familie die passende Hilfe gesucht wird und dann werden die Kosten betrachtet. Das Budget wird aufgrund von Erfahrungswerten und Fallzahlen, die hochgerechnet werden, geplant. Das Jugendamt arbeitet mit dem System Logo Data, für welches nach und nach Module zugekauft wurden, sodass immer mehr Kennzahlen erzeugt werden können.

Frau Gurske erläutert, dass im Bereich des Sozialamtes die Fallsteuerung nicht so differenziert möglich ist. Eine Fallsteuerung im Bereich Wohngeld oder Bafög ist schlecht möglich, da es sich größtenteils um reine Rechenleistungen handelt. Im Bereich der Pflege und der Eingliederungshilfe wird eine Steuerung nach Fallzahlen angestrebt.

Frau Grassmann merkt an, dass die Zuordnung der Aufgaben aus dem Aufgabenkatalog zu den jeweiligen Produkten im Haushaltsplan schwierig ist.

Weiter ist aufgefallen, dass bei einigen Produkten im Haushaltsplan 2016 Basiskennzahlen, bezogen auf die Ergebnisse von Vorjahren und Planzahlen, aufgeführt sind. Es fehlen jedoch oft die Zielbeschreibungen der Produkte.

Frau Wehlan erläutert, dass es sich hier um einen Prozess handelt. Nicht jedes Produkt kann mit einem Produktziel oder einer Produktkennzahl hinterlegt werden. Der Kämmerer selbst wollte dieses Thema im Haushalts- und Finanzausschuss nochmals aufrufen. Avisiert ist die Ausschusssitzung im Januar 2016.

Herr Barthel erkundigt sich, ob es Schnittstellen zwischen den Fachbereichen mit Fachsoftware und der Kämmerei gibt.

Frau Wache antwortet, dass Schnittstellen zur Kämmerei bspw. im Bereich Personal, Volkshochschule und Musikschulen existieren und teilweise noch händisch gebucht wird. Das Thema Schnittstellen wird durch die Kämmerei bzw. durch die Fachämter weiter verfolgt.

TOP 7

Beschlussvorlagen

TOP 7.1

Haushalt 2016

TOP 7.1.1

Haushaltssatzung 2016

(5-2575/15-I)

TOP 7.1.2

Haushaltssicherungskonzept 2016

(5-2576/15-I)

TOP 7.1.3

Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2016

(5-2581/15-II/1)

Frau Grassmann bemerkt, dass die Navigation in der digitalen Version des Haushaltes 2016 deutlich einfacher ist als bisher. Ist es sinnvoll Erläuterungen bei Konten aufzuführen, die Ansätze von bspw. 50,00 € haben? So könnten einige Seiten im Haushaltsplan eingespart werden.

Frau Wehlan gibt zu bedenken, dass sich der Landkreis in der Haushaltssicherung befindet und sich alle Produkte, und somit der Haushalt als solcher, an der mittelfristigen Finanzplanung zu orientieren haben. Alles was sich darüber und darunter gestaltet, ist mit konkreten Maßgaben der Begründung zu versehen. Ziel ist es, mit dem Haushaltsjahr 2016 die Schuldenlage klarer darstellen zu können. Dementsprechend wichtig ist die Aufstellung der Jahresabschlüsse 2012, 2013, 2014 und 2015. Bei Prüfungen, die vom Rechnungsprüfungsamt selbst nicht abgesichert werden können, soll eine Vergabe an Wirtschaftsprüfungsunternehmen erfolgen, sodass der Beschluss des Kreistages eingehalten werden kann.

Die Kämmerei wird prüfen, inwieweit Sachverhalte über Gebühr bürokratische Hürden sind und ggf. nicht aufgeführt werden müssen.

Frau Wache erklärt, dass die Erläuterungen durch die Fachämter eingefügt werden und auch den Abgeordneten verdeutlichen sollen, um welche Konten es sich konkret handelt. Sofern Einigkeit bei den Abgeordneten herrschen würde, dass Beträge von bspw. 50,- bis 100,- € nicht zu begründen bzw. zu erläutern sind, könnte dies so umgesetzt werden.

Herr Muschinsky bittet um Prüfung, ob im Bereich der Produktbeschreibungen und Produktpläne in den Teilhaushaltsplänen Zeilen, in denen keinerlei Daten und Ansätze für die Folgejahre aufgeführt sind, weggelassen werden können.

Frau Wache teilt mit, dass diesbezüglich eine Rücksprache mit dem Softwareanbieter H & H erfolgen wird.

Frau Wehlan schlägt vor, dass Fragestellungen durch die Fraktionen der Verwaltung zugeleitet werden und diese in Vorbereitung auf die nächste Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses eine tabellarische Aufstellung mit den entsprechenden Stellungnahmen fertigen wird.

Herr Steinhausen erinnert, dass bisher die Wirtschaftspläne der SWFG, GAG und LUBA fehlen und bittet um zeitnahe Nachreichung.

TOP 7.2

Gewährung von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der MBS Potsdam für 1. Halbjahr 2016 (5-2526/15-LR)

Frau Wehlan weist auf den Antrag der Verwaltung zur Vorlage hin, der sich auf die Verwendung der MBS-Restmittel in 2016 bezieht. Dieser ist den Abgeordneten mit den Sitzungsunterlagen für den Kreistag am 7.12.2015 zugegangen. Für die Verwendung der Restmittel aus 2015 liegt ein Antrag der Gemeinde Großbeeren und ein Antrag der Erweiterung für mehrsprachige Materialien im Gesundheitsbereich des Landkreises vor. Beide Sachverhalte werden für die kommende Kreistagssitzung aufbereitet.

Die Vorlage 5-2526/15-LR wird dem Kreistag einstimmig zur Annahme empfohlen.

TOP 8

Informationsvorlagen

TOP 8.1

Information über externe Stellenausschreibungen (5-2595/15-LR)

Frau Wehlan führt aus, dass mit der Vorlage den Maßgaben des Innenministeriums bei Stellenbesetzungen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gefolgt wurde.

Fragen der Abgeordneten zur Vorlage gibt es nicht.

Die Vorlage 5-2595/15-LR wird zur Kenntnis genommen.

Luckenwalde, d. 14.12.2015

Hohlfeld
Der Vorsitzende

Kozák
Protokollantin

Anlage

- zu TOP 6 – Aktualisierung Bereich Jugendamt